

FDP will Taschendiebstahl stärker sanktionieren

Die FDP will den Schutz für am Körper getragene Wertsachen erhöhen. Der innenpolitische Sprecher Marc Lübke sagt: „Es ist etwas anderes, ob ein abgestellter oder ein unmittelbar am Körper getragener Gegenstand entwendet wird. Es geht um mehr als bloße Wegnahme, nämlich um Eindringen in die Privatsphäre und Entwenden höchstpersönlicher Dinge.“ Die Landesregierung soll unverzüglich eine Bundesratsinitiative für eine schärfere Sanktionierung des Taschendiebstahls auf den Weg bringen. Lübke: „Taschendiebstahl darf strafrechtlich nicht länger als Bagatelle und Kleinkriminalität behandelt werden.“

→ [FDP-Antrag: Bürger schützen – Taschendiebstahl sanktionieren](#)

Einstufung als sichere Herkunftsländer

Die rot-grüne Landesregierung ist bei der Einstufung von sicheren Herkunftsstaaten gespalten. Die Grünen in NRW lehnen eine Zustimmung im Bundesrat ab und wollen die Zuwanderung nicht wie die FDP begrenzen. Zuwanderung aus Algerien, Marokko und Tunesien wird zunehmend von illegalen Einwanderern geprägt. In den seltensten Fällen wird diesen ein Schutzstatus zugesprochen. Die FDP fordert die Landesregierung auf, der Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsländer im Bundesrat zu zustimmen.

→ [FDP-Antrag: Maghrebstaaten als sichere Herkunftsländer einstufen](#)

Stamp: Aufklärungsblockade im Fall Amri

Die Freien Demokraten fordern weiter eine lückenlose, systematische und unabhängige Aufklärung des Terroranschlags von Berlin im Dezember 2016. Ein Rechtsgutachten von Professor Henning Ernst Müller im Auftrag der FDP-Landtagsfraktion zeigt auf, welche rechtlichen Möglichkeiten es gegeben hätte, den Attentäter spätestens im Herbst 2016 festzusetzen: Eine Ausweisungsverfügung hätte erlassen werden können, die als Grundlage für weitere Eingriffe wie etwa strengere Meldeauflagen oder Überwachungsmaßnahmen gedient hätte. Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion, kritisiert die Blockadehaltung der Landesregierung und fordert sie auf, eigene Fehler einzugestehen: „Nie wird klar benannt, dass die Verantwortung auch in Nordrhein-Westfalen lag. Wenn man Fehler nicht eingesteht, dann blockiert man die Aufklärung“. Die Freien Demokraten bleiben daher bei der Rücktrittsforderung an Innenminister Jäger. Um als Opposition die Chance zu bekommen, Akteneinsicht zu erhalten und die wirklichen Hintergründe zu diesem Fall zu erfahren, signalisieren die Freien Demokraten Bereitschaft, über die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu reden.

→ [Stamp: Landesregierung wird zur Aufklärungsblockade im Fall Amri](#)

→ [Gutachten widerlegt Aussagen von Innenminister Jäger](#)



Mehr Freiraum für Handwerk und Mittelstand

Am 7. Februar 2017 findet der Kongress für Mittelstand und Handwerk der FDP-Landtagsfraktion NRW unter dem Thema "Ideen aus NRW – Impulse für Deutschland" statt. An diesem Abend diskutieren Christian Lindner und Ralf Bombis, Vorsitzender der Enquete-Kommission zur Zukunft von Handwerk und Mittelstand sowie viele Vertreter aus dem Handwerk die Herausforderungen Digitalisierung und demografischer Wandel auf die Zukunftsfähigkeit des Handwerks. So etwa die Stärkung und Modernisierung der wirtschaftlichen Bildungszentren und der staatlichen Berufskollegs oder der forcierte Einsatz digitaler Bildungsmedien ab der Grundschule. Auch Weiterbildung muss in Zukunft einen breiten Stellenwert erhalten und Berufsbilder konsequent auf das Handwerk 4.0 ausgerichtet werden, um den Einsatz neuer digitaler Technologien zu bewerkstelligen.

→ [Einladung zum Handwerkskongress](#)

→ [Weitere Informationen zum Thema Handwerk und Mittelstand](#)

Weitere Initiativen der FDP-Landtagsfraktion

Zukunft für Familien: Unter Beteiligung der Freien Demokraten hat die Enquetekommission zur Zukunft der Familienpolitik ihre Arbeit abgeschlossen. Zahlreiche Empfehlungen zur Familienbildung, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Evaluation familienpolitischer Leistungen finden die Unterstützung der FDP.

→ [Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in NRW“](#)

Lang-LKW zulassen: Die Bundesregierung hat den Weg für den Einsatz von Lang-LKW auf geeigneten Strecken frei gemacht. Die FDP fordert die Landesregierung auf, endlich den Fuß von der Bremse zu nehmen und dem Bund schnellstens geeignete Straßen für den Regelbetrieb zu melden.

→ [FDP-Antrag: Lang-LKW auf geeigneten Straßen in NRW zulassen](#)

Kindergarten-Gesetz: Für 2016 waren Eckpunkte für ein neues Kindergartengesetz angekündigt, das Pläne bei der frühkindlichen Bildung und der Finanzierung der Kindertageseinrichtungen enthalten soll. Leidtragende der Untätigkeit sind Träger von Kitas, Erzieherinnen und Familien. Die FDP will, dass die Eckpunkte für ein Kita-Gesetz unverzüglich vorgelegt werden.

→ [FDP-Antrag: Landesregierung muss endlich Eckpunkte für Kibiz-Reform vorlegen](#)

FDP: NRW in eine digitale Spitzenposition bringen

Innovationen und Wirtschaftswachstum der Zukunft hängen stark vom Fortschritt in der Digitalisierung ab. Die FDP fordert seit längerem eine Digitalisierungsoffensive für NRW. Im Vergleich mit anderen Bundesländern liegt NRW beim digitalen Fortschritt regelmäßig bestenfalls im Mittelfeld. Das reicht für eine Spitzenposition nicht aus. Für NRW kann daher der Wettbewerb „Digitale Stadt“ zu Chance und Treiber für digitale Entwicklung werden. Der Sieger soll zur Modellstadt ausgebaut werden und durch moderne IT-Infrastrukturen und innovative Lösungen in Bereichen wie Verkehr, Verwaltung, Energie und Bildung eine europaweite Vorreiterrolle übernehmen.

→ [FDP-Antrag: Digitale Modellstadt nach NRW holen](#)

→ [Mehr Informationen zur FDP-Initiative für eine Digitale Gesellschaft](#)